



Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Ramona Storm AfD**
vom 23.01.2025

Belastung mit per- und polyfluorierten Alkylverbindungen

Mit mehr als 4 700 chemischen Stoffen sind per- und polyfluorierte Alkylverbindungen (PFAS) eine Gruppe von künstlich hergestellten und in großem Maß eingesetzten Chemikalien, die sich im Laufe der Zeit im menschlichen Gewebe und in der Umwelt anreichern. Sie sind unter der Bezeichnung langlebige Chemikalien bekannt, da sie in Umwelt und Körper äußerst lange nachweisbar sind. Sie können zu Gesundheitsproblemen wie Leberschäden, Schilddrüsenerkrankungen, Fettleibigkeit, Fruchtbarkeitsstörungen und Krebs führen.

PFAS werden auf unterschiedliche Weise in Lebensmittel eingetragen. Sie sind in Böden, Trinkwasser, Futtermitteln und in Gebrauchsgegenständen (Pfannen, Backpapier, Fast-Food-Verpackungen, Zahnseide, Shampoo, Kosmetika, Medikamente, Regenjacken, sogar in Wasserfiltern) nachweisbar. Laut der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) gelten vor allem tierische Lebensmittel als mit PFAS belastet.

Mittlerweile gibt es allerdings auch in Bayern in jedem der sieben Regierungsbezirke mehrere bestätigte Belastungen von Wasser und Boden durch PFAS.

Ab Oktober 2026 und in den Folgejahren sollen einige PFAS-Stoffe in der EU verboten werden.

(www.sueddeutsche.de¹, www.ihk.de²)

Die Staatsregierung wird gefragt:

- | | | |
|-----|--|---|
| 1.1 | Werden im Freistaat gezielte Untersuchungen in Böden, Fluss- und Trinkwasser auf PFAS vorgenommen? | 3 |
| 1.2 | Wenn ja, wie oft? | 3 |
| 1.3 | Wenn ja, mit welchem Ergebnis (bitte die letzten fünf Jahre aufschlüsseln)? | 3 |
| 2.1 | Was unternimmt die Staatsregierung, um Bürger vor PFAS in Wasser und Böden zu schützen? | 3 |

1 <https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/wissen/pfas-chemikalien-lobbyisten-verbot-umweltschutz-gesundheit-e223532/?reduced=true>

2 <https://www.ihk.de/freiburg/innovation/arbeitschutz/reach/verbot-von-pfas-in-pizzakartons-6265360>

2.2	Welche Kosten fallen jährlich an, um Wasser und Böden von PFAS-Belastung zu reinigen?	3
2.3	Wie hoch sind die geschätzten Kosten für das Gesundheitssystem, die durch PFAS-Belastungen bei Menschen anfallen?	3
3.1	Welche unschädlichen Alternativen gibt es nach Kenntnis der Staatsregierung für PFAS-Stoffe?	3
3.2	Unterstützt die Staatsregierung bereits Forschungen zu unschädlichen Alternativen für PFAS-Stoffe?	4
3.3	Wenn nein, ist das für die Zukunft geplant?	4
4.1	Wird die Staatsregierung auch PFAS-Stoffe verbieten, die nicht unter die ab 2026 geplanten EU-Verbote fallen?	4
4.2	Wenn ja, welche sind das?	4
4.3	Wenn ja, wann ist damit zu rechnen?	4
5.1	Was setzt die Staatsregierung der PFAS-Lobby entgegen, die sich gegen die geplanten Verbote positioniert?	4
5.2	Welche Lösungen bietet die PFAS-Lobby nach Kenntnis der Staatsregierung selbst für die Probleme an, die durch PFAS-Belastung in Wasser, Böden und Gebrauchsgegenständen entstehen?	4
	Hinweise des Landtagsamts	5

Antwort

des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz

vom 14.02.2025

- 1.1 Werden im Freistaat gezielte Untersuchungen in Böden, Fluss- und Trinkwasser auf PFAS vorgenommen?**
- 1.2 Wenn ja, wie oft?**
- 1.3 Wenn ja, mit welchem Ergebnis (bitte die letzten fünf Jahre aufschlüsseln)?**

Die Fragen 1.1 bis 1.3 werden zusammen beantwortet.

Auf den aktuellen PFAS-Landtagsbericht gemäß Landtagsbeschluss Drs. 18/18848 wird verwiesen. Dieser ist auf der Webseite des Landesamts für Umwelt (LfU) zu finden: www.lfu.bayern.de¹

- 2.1 Was unternimmt die Staatsregierung, um Bürger vor PFAS in Wasser und Böden zu schützen?**

Die Staatsregierung nimmt das Thema PFAS und die Anliegen der Bürger und der Verantwortlichen sehr ernst. Auf den aktuellen PFAS-Landtagsbericht wird verwiesen.

- 2.2 Welche Kosten fallen jährlich an, um Wasser und Böden von PFAS-Belastung zu reinigen?**

Bei der Sanierung von Schäden durch Altlasten und schädlichen Bodenveränderungen gilt das Verursacherprinzip. Informationen im Sinne der Fragestellung liegen der Staatsregierung daher nicht vor.

- 2.3 Wie hoch sind die geschätzten Kosten für das Gesundheitssystem, die durch PFAS-Belastungen bei Menschen anfallen?**

Informationen im Sinne der Fragestellung liegen der Staatsregierung nicht vor.

- 3.1 Welche unschädlichen Alternativen gibt es nach Kenntnis der Staatsregierung für PFAS-Stoffe?**

PFAS werden in einer Vielzahl von Anwendungen eingesetzt, ebenso vielfältig gestalten sich die Alternativen. Eine mögliche Substitution von PFAS ist je Anwendungsfall individuell zu bewerten.

Beispielhaft genannt seien Polyurethanbeschichtungen, die eine wesentliche Alternative für die immer wieder genannte PFAS-beschichtete Outdoorbekleidung darstellen. Im industriellen Bereich werden öfter Alternativen auf Silikonbasis, siliziumorganische Verbindungen oder auch das Polyetheretherketon genannt.

1 https://www.lfu.bayern.de/analytik_stoffe/pfas/pfas_belastungen_in_bayern/altlasten/index.htm

3.2 Unterstützt die Staatsregierung bereits Forschungen zu unschädlichen Alternativen für PFAS-Stoffe?**3.3 Wenn nein, ist das für die Zukunft geplant?**

Die Fragen 3.2 und 3.3 werden zusammen beantwortet.

Die Entwicklung von Alternativen für PFAS wird bereits auf verschiedensten Ebenen vorangetrieben. Die Entwicklung von PFAS-Alternativen ist beispielsweise ein Schwerpunkt im Cluster 4 des Horizont Europa Arbeitsprogramms 2025. Auch die Bundesregierung fördert bereits Projekte, wie z. B. über die Deutsche Agentur für Transfer und Innovation zu Ersatzstoffen in Reibanwendungen, die u. a. in der Spritzgussfertigung eine Rolle spielen (Hochschule Emden). Darüber hinaus finden industri intern weitere Anstrengungen zur Alternativentwicklung/-forschung statt.

4.1 Wird die Staatsregierung auch PFAS-Stoffe verbieten, die nicht unter die ab 2026 geplanten EU-Verbote fallen?**4.2 Wenn ja, welche sind das?****4.3 Wenn ja, wann ist damit zu rechnen?**

Die Fragen 4.1 bis 4.3 werden zusammen beantwortet

Ein Verbot von Stoffen stellt einen Eingriff in den europäischen Binnenmarkt dar und erfolgt daher auf europäischer Ebene (siehe Art. 114 Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union [AEUV]). Ein Verbot von Stoffen durch einzelne EU-Mitgliedstaaten oder Bundesländer ist im Bereich des europäischen Chemikalienrechts nicht zulässig.

5.1 Was setzt die Staatsregierung der PFAS-Lobby entgegen, die sich gegen die geplanten Verbote positioniert?**5.2 Welche Lösungen bietet die PFAS-Lobby nach Kenntnis der Staatsregierung selbst für die Probleme an, die durch PFAS-Belastung in Wasser, Böden und Gebrauchsgegenständen entstehen?**

Die Fragen 5.1 und 5.2 werden zusammen beantwortet.

Die Stoffgruppe PFAS ist derzeit Gegenstand eines laufenden Beschränkungsverfahrens nach der europäischen REACH-Verordnung. Die in diesem Zusammenhang laufenden Diskussionen deuten darauf hin, dass derzeit nicht für alle PFAS-Anwendungen Alternativen bereitstehen. Hier ist insbesondere auf bestimmte Anwendungen, z. B. in der Medizintechnik, zu verweisen.

Gemeinsames Ziel ist es, den Eintrag von PFAS in die Umwelt erheblich zu reduzieren. Es erfolgt daher eine genaue Prüfung hinsichtlich der Fragestellung, ob und unter welchen Bedingungen Ausnahmen erforderlich sind. Dies ist insbesondere Aufgabe der wissenschaftlichen Ausschüsse der Europäischen Chemikalienagentur. Die Ergebnisse dieser Prüfung sind abzuwarten.

Hinweise des Landtagsamts

Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierweise liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers sowie der Staatsregierung.

—————

Zur Vereinfachung der Lesbarkeit können Internetadressen verkürzt dargestellt sein. Die vollständige Internetadresse ist als Hyperlink hinterlegt und in der digitalen Version des Dokuments direkt aufrufbar. Zusätzlich ist diese als Fußnote vollständig dargestellt.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de/parlament/dokumente abrufbar.

Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de/aktuelles/sitzungen zur Verfügung.